Abonnements
werden beim Verlag und dessen bekannten Agenten entgegengenommen, und zwar zum
voraus zahlbaren
Vierteljahrspreis von:
Mk. 4,40 für Deutschland (direkt per Brief-Couvert)
Öwst. 2,75 für Oesterreich (direkt per Brief-Couvert)
Shill. 2,— für alle übrigen Länder des Weltpostvereins (Kreuzband).

Inserate
die dreigespaltene Petitzeile
3 Pence = 25 Pfg. = 30 Ct.

Der Sozialdemokrat

Organ der Sozialdemokratie deutscher Zunge.

Erscheint
wöchentlich einmal
in
London.

Verlag
der
German Cooperative Publishing Co.
E. Bernstein & Co., London N. W.
114 Kentish Town Road.

Postsendungen
franko gegen franko.
Gewöhnliche Briefe
nach England kosten Doppelporto.

№ 43.

Briefe an die Redaktion und Expedition des in Deutschland und Oesterreich verbotenen „Sozialdemokrat" wolle man unter Beobachtung äußerster Vorsicht abgehen lassen. In der Regel schicke man uns die Briefe nicht direkt, sondern an die bekannten Deckadressen. In zweifelhaften Fällen eingeschrieben.

20. Oktober 1888.

Nach zehn Jahren.

Als einstmals ihr im hohen Rath
Wie Schächern uns den Stab gebrochen,
Da hat, der euch entgegentrat,
Das spöttlich-stolze Wort gesprochen:
„Versucht es doch, in seinem Flug
Den schwingenstarken Aar zu greifen!
Wir sind schon lange stark genug,
Auch auf dies Schandgesetz zu pfeifen!"

Es stach das Wort gleich einem Dorn,
Der abgebrochen in der Wunde;
Es war in seinem Hohn und Zorn
Das rechte Wort zur rechten Stunde.
Der Feder ganzes Lumpenpack
Hat wider dieses Wort geifert,
Und Mameluk und Preßkosak
Hat um die Wette es begeifert.

Was focht das Manneswort es an,
Das giftige Gequick der Ratte?
„Das Wort, sie sollen's lassen stah'n —
Kein bess'res fiel in der Debatte!
Hofräthlich ist es freilich nicht,
Doch wie der Schnabel ihm gewachsen,
So — und zu seiner Ehre! — spricht
Der feste Stamm der Niedersachsen.

Zehn Jahre habt ihr Zeit gehabt,
Das Wort, das damals uns're Herzen,
Die schmerzvoll grollenden, gelabt,
Aus dem Gedächtniß auszumerzen.
Und dennoch klang es fort und fort;
Es ward den Jahren nicht zur Beute,
Des theuren Todten markig Wort —
Und Giltigkeit hat es noch heute!

Vom Fluch der bösen That gehetzt,
Habt das — Gesetz ihr so gedeutet;
Daß wir, die nichts in Staunen setzt,
Anstaunten, wie ihr's ausgebeutet.
Es wuchs sich aus, ob Fleck und Fahl,
Das Kind des Hasses und der Lüge —
Den eignen Vätern sind fatal
Des Wechselbalgs gemeine Züge.

Und doch — gelang es euch, dem Aar
Mit dieser Scheere Zwick zu stutzen
Das starke, junge Schwingenpaar?
Wir fragen euch: Wo blieb der Nutzen?
Den stolzen Vogel fängt kein Netz
Und schartig wird, was überschliffen —
Wir pfeifen auf das Schandgesetz
Wie Bracke einst darauf gepfiffen.

Ob ihr's verlängert blank und nackt,
Ob ihr, der Scham es anzupassen,
In etwas Watte es verpackt —
Uns wird erstaunlich kühl es lassen.
Gegründet noch ein Spitzelkorps —
Das hindert nicht die Saat, zu reifen,
Wir werden eben nach wie vor
Auf solche Prachtgesetze pfeifen.

Zehn Jahre — Spielraum war's vollauf,
Besonders für so — kluge Leute;
Es blühte der Gewissenkauf,
Und doch, ihr Herrn, wie steht es heute?
Ihr brecht uns und ihr kauft uns nicht,
Wo wir auch immer flüchtig schweifen;
Ihr macht ein grämlich-dumm Gesicht
Und wir — nun, meine Herrn, wir pfeifen!

L.

Zum Jubeltag des Ausnahmegesetzes.

„Verehrte Festgenossen! Ein hoher Tag ist es, den wir heute in gemeinsamer Feier begehen, ein Gedenktag der Freude für alle guten Bürger und treuen Freunde des Reiches. Es ist der zehnte Jahrestag des Gesetzes, welches im Jahre 1878 geschaffen wurde, unser liebes theures Vaterland von jener Pest zu befreien, welche unter dem Namen „Sozialdemokratie" schweres Unheil über dasselbe gebracht hatte und noch größeres zu bringen drohte. Damals bot unser Vaterland ein gar trauriges Bild dar. Die verbrecherische Wühlerei jener Partei hatte den Samen der Zwietracht unter die verschiedenen Bevölkerungsklassen gesäet und die Saat war aufgegangen. Allgemeiner Unfriede herrschte und allgemeine Unzufriedenheit. Bethörte Massen drohten, die Frucht jahrtausendlanger mühsamer Arbeit der Völker, die unschätzbaren Errungenschaften unserer Kultur, in gewalthätiger Erhebung mit einem Schlage zu zertrümmern, bitterer Parteikampf herrschte im Staat und der Gesellschaft, der Bürger sah im Bürger seinen Feind, und das Ergebniß dieser Zerrissenheit war, daß eine Partei, die den allgemeinen Umsturz auf ihre Fahne geschrieben, es bei den Reichstagswahlen bis auf 437,000 Stimmen brachte.

„Wie anders ist dies heute, meine theuren Festgenossen, nachdem das „Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der deutschen Sozialdemokratie" in zehnjährigem Bestande seine segensreichen Wirkungen ausgeübt! Die verhetzende Agitation ist von der Oeffentlichkeit, ja wir dürfen sagen, von dem Boden unseres Vaterlandes verschwunden, die Wühlerei hat, wie der große Historiker Heinrich von Treischke in seiner unvergeßlichen Streitschrift „Der Sozialismus und der Meuchelmord" — die bis in die fernsten Zeiten als ein leuchtendes Denkmal tiefer geschichtlicher Erkenntniß bewundert werden wird — im Sommer 1878 mit prophetischem Blick vorausagte, „ihren Reiz für die Masse verloren, sobald die Freuden der Feste und Aufzüge, der öffentlichen Schreierei und Prahlerei aufhörten", und die Führer sind, genau wie er verkündete, in ihrer großen Mehrzahl, ihrer heroischen — nämlich das Gegentheil davon — Natur treu geblieben und haben, „sobald sie den Ernst der Staatsgewalt fühlten, unter den wahlverwandten Gemüthern der Londoner „Schwefelbande" einen sicheren Unterschlupf gesucht". Sie toben draußen in ohnmächtiger Wuth, während drinnen im Reich Recht und Ordnung, Glück und Zufriedenheit herrschen. Das „strenge Verbot der sozialistischen Vereine und Schriften hat in der That „den ehrlichen und denkenden Freunden des Volkes wieder den Zugang verschafft zu dem Ohre der Massen, das ihnen damals fast ganz verschlossen war,"*) hunderttausende deutscher Arbeiter lesen mit Begeisterung die von edlen Fabrikanten gegründete „Deutsche Arbeiterzeitung" und schöpfen aus ihr Belehrung und Anfeuerung zu unverdrossener Thätigkeit in der Werkstatt und musterhafter Führung außerhalb derselben. Frei von dem Druck der lärmenden Agitation hat die Regierung ihr Riesenwerk der sozialen Reform in Angriff nehmen und seiner Vollendung zuführen können, und sowohl der bereits Gesetz gewordene als namentlich der im Entwurf vorliegende Theil der Arbeiterversicherung hat die deutschen Arbeiter mit hoher Genugthuung erfüllt. Sie haben ihr Vaterland wieder lieb gewonnen, das Vertrauen auf die warmherzige Fürsorge der Regierenden ist in ihr Gemüth zurückgekehrt, sie haben sich von der Partei der Hetzer losgesagt, und als im vorigen Jahre die Regierung unter dem Rufe „das Vaterland ist in Gefahr, der Erbfeind steht vor der Thür" das Volk an die Wahlurne rief, da zeigte es sich, daß der Erbfeind im Innern siegreich überwunden war und jeden Anhang im Volke verloren hatte. Kaum daß hier und da von verbissenen Grämlingen einige hundert Stimmen für die einst so starke Partei aufgebracht wurden, im Ganzen erhielt dieselbe aber keine siebentausend von sieben Millionen der im Reiche abgegebenen Stimmen. Preisen wir daher den großen Staatsmann, der dies wohlthätige Gesetz in's Leben gerufen und der den Nörglern, die dessen Wirksamkeit in Zweifel stellten, vor versammeltem Reichstage am 17. September 1878 mit den Worten entgegentrat:

„Ich glaube auch nicht an die Fruchtlosigkeit unserer Versuche, von der man immer spricht; wir haben gar nicht nöthig, in Deutschland zu den drastischen Mitteln wie in Frankreich zu greifen, aber Frankreich ist von dem Vorort des Sozialismus sehr erheblich zurückgetreten auf einen Standpunkt, mit dem die Regierung und die Gesellschaft es aushalten kann. Wodurch denn? Etwa durch die Ueberzeugung? Nein! Durch gewaltsame Repressionen."

Die Gewaltkur war gewiß bedauerlich, aber sie war nothwendig geworden, und heute erfreut sich Arm und Reich, Hoch und Niedrig ihrer heilsamen Wirkungen — — — — — — — — — — — — — — — — — —

So und nicht anders müßte es von Rechtswegen am nächsten Sonntag von allen Tribünen im deutschen Reiche ertönen — von Rechtswegen natürlich nach den Versprechungen, die vor zehn Jahren dem deutschen Reichspublikum von den Vätern des Sozialistengesetzes in Bezug auf dasselbe gemacht worden waren. Der 21. Oktober 1888 müßte für die Bismarck, die Minnigerode, die Kardorff, die Bennigsen ein Ehrentag sein, an dem sie mit Stolz auf das von ihnen zu Stande gebrachte Werk — die „wahrhaft gesetzgeberische Arbeit", und dessen Wirkungen blicken, für die Sozialdemokratie aber ein Tag der Trauer und der Buße. Und was ist er in Wirklichkeit? Für die Bismarck, die Minnigerode, die Kardorff, die Bennigsen ein Tag der Beschämung, ein Gedenktag ihrer gesetzgeberischen Impotenz, für die Sozialdemokraten aber ein Tag des Triumphs und der stolzen Genugthuung.

Nichts von alledem ist eingetroffen, was die Freunde des Sozialistengesetzes von demselben in Bezug auf die Sozialdemokratie erhofft, wohl aber hat sich Alles erfüllt, was von den sozialdemokratischen Vertretern bei Schaffung des Gesetzes über dessen Wirkungen auf die politischen Zustände überhaupt vorausgesagt wurde. Gewiß, es ist durchaus nicht ohne Wirkung geblieben, das Meisterwerk staatsretterischer Gesetzgebung, es hat gar Manches ermöglicht, was ohne seinen „Schutz" schwerlich zustande gebracht worden wäre — man denke nur an den famosen Raubzug des deutschen Agrarierthums wider die Taschen der kleinen Leute — und wenn nicht die deutschen Arbeiter, so hat es doch das deutsche Bürgerthum, das nie übermäßig radikal war, zur völligen Polizeifrömmigkeit erzogen. Es wird nicht möglich sein, in einem Artikel alles, was das Schandgesetz zustande gebracht, aufzuführen, aber schon die Aufzählung einiger besonders glänzender Leistungen wird hinreichen, seinen Werth in's rechte Licht zu stellen.

Das Sozialistengesetz sollte den sozialen Frieden herstellen helfen. Hat es das gethan?

Wir wollen nicht sagen, daß es das Gegentheil gethan hat, denn die Klassen- und Interessenkämpfe in der modernen Gesellschaft sind Produkte ihrer sozialen und ökonomischen Entwickelung und nicht eines politischen Gesetzes, aber soviel steht unbestritten fest, daß auf politischem wie auf ökonomischem Gebiete die gegenseitige Verhetzung und Verbitterung nie so groß war, als seit der Zeit, da das Sozialistengesetz den Frieden und die Eintracht unter den Bevölkerungsklassen „sichert". Der Landwirth hetzt auf den Industriellen, beide auf den Finanzmann, der Handwerker auf den Kaufmann und den Großindustriellen, der Kleinmeister auf den Arbeiter, der Kleinkrämer auf den Hausirer — kurz, keine Bevölkerungsklasse, die sich in Ruhe ihres Daseins freuen kann. Von der Rassen- und Religionshetze gar nicht zu reden. Man vergleiche das Jahr der Hochfluth der sozialistischen Agitation vor dem Inkrafttreten des Schandgesetzes und vergleiche damit irgend eine Epoche aus der Zeit nachher und untersuche, wann mehr ge-

*) Nachzulesen in Treitschke, Der Sozialismus und der Meuchelmord Berlin, 1878.

hetzt wurde in Deutschland, und die Wage wird stets zu Gunsten der Zeit vor dem Schandgesetz sich neigen.

Weiter: das Sozialistengesetz sollte die öffentliche Sicherheit heben, dazu verhelfen, daß Staat und Gesellschaft vor „verbrecherischen Anschlägen" gegen ihre Vertreter geschützt werden können.

Richtig ist, daß es ermöglicht hat, in Deutschland eine Geheimpolizei zu organisiren, wie sie ausgedehnter vielleicht in keinem Lande der Welt existirt. In dieser Beziehung ist eine grandiose Wirkung nicht zu verkennen. Wie es aber mit der Sicherheit, und namentlich der der Staats- 2c. Vertreter steht, das ist eine andere Frage. Wer noch in Zweifel sein sollte, wie die Antwort darauf lautet, der lese die Berichte über die Schutzmaßregeln bei den Reisen des neuen deutschen Kaisers. Man glaubt, es handle sich um das klassische Land der Attentate, um Rußland, wenn man liest, welche Manöver aufgeboten werden, damit der „geliebte Kaiser" heiler Haut seine Reisen absolviren kann. Wir wollen nicht sagen, daß diese Schutzmaßregeln nothwendig sind, aber daß sie für nothwendig gehalten werden, das ist das Bezeichnende. Die Herrschaften selbst, zu deren Sicherheit das Gesetz geschaffen wurde, fühlen sich heute unsicherer als je. Ist eine glänzendere Wirkung denkbar?

Das Sozialistengesetz sollte die deutschen Arbeiter auf die Bahn der Gesetzlichkeit leiten. Wie steht es damit?

Die Frage in unserm Blatt aufwerfen, heißt sie beantworten. Der „Sozialdemokrat" ist der sprechendste Beweis für die Hochschätzung, welche die deutschen Arbeiter vor der Gesetzlichkeit empfinden. Man kann sagen, nie ist der Sinn für Gesetzlichkeit in Deutschland geringer gewesen, als seit dieses Gesetz besteht, das die Gewissen zu meistern berufen war.

Ja noch mehr. Bis zum Jahre 1878 war der Anarchismus in Deutschland so gut wie unbekannt, in den Ländern, wo er früher Boden gefaßt hatte, war er um diese Zeit fast von der Bildfläche verschwunden. Das Sozialistengesetz änderte das sehr bald. Es bildete sich, allerdings im Ausland, ein deutsches Anarchistenzentrum, und dieses wirkte zurück auf die versprengten Anarchistengruppen anderer Länder. Der Anarchismus kam zu neuer Blüthe und was für Früchte er zeitigte, ist bekannt. Und daß er davon nicht mehr zeitigte, daran ist nicht das Sozialistengesetz und mit dem im Anschluß daran geschaffenen Polizeiapparat Schuld, sondern die Thatsache, daß dasselbe sich da absolut unwirksam erwies, wozu oder wogegen es — wenigstens offiziell, in erster Reihe geschaffen war: den Sozialdemokraten gegenüber.

Wie es nach dieser Richtung hin so prächtig seinen Beruf verfehlt hat, das ist in diesen Blättern so oft geschildert worden, das ist so anerkannte Thatsache in Deutschland, daß heute jeder, der nicht seinen Ruf als normal denkfähig einbüßen will, den moralischen Bankerott des Ausnahmegesetzes zugesteht.

Zerfahrener als je stehen die alten Parteien, die verschiedenen Fraktionen und Fraktiönchen der großen Ordnungspartei da, fester, einheitlicher als je die Partei der „Unordnung", d. h. der gesellschaftlichen Neu-Ordnung: die Sozialdemokratie. Alle Verfolgungen, alle Verlockungen haben gegen sie nichts ausrichten können. Kein Mittel, den Bestand einer Partei zu erschüttern ist unversucht gelassen worden, und alle haben fehlgeschlagen. Heute versuchte man es, die Führer zu drangsaliren und schonte die Massen, um die Einen von den Andern zu trennen, und morgen drangsalirte man die Massen und kajolirte die Führer — Beides mit dem gleichen Resultat, nämlich absolut Keinem. Heute wurde das Gesetz so rigoros wie nur möglich gehandhabt, morgen trat eine Laxheit ein, die selbst die größten Optimisten in Erstaunen setzte, um übermorgen der rigorosen Handhabung auf's Neue Platz zu machen. Jedesmal natürlich ohne Grundangabe, der Polizei beliebte es so, das war Alles. Auf diese Weise wollte man die „Umsturzmänner" mürbe machen, aber wer in Wirklichkeit mürbe wurde, das waren nicht die Männer des Umsturzes, sondern die Mannen der Polizei.

Dann versuchte man es mit dem Mittel der Korruption, die Zersetzung in die Partei hineinzutragen. Natürlich ebenso vergeblich. Die wenigen Schwächlinge, die sich kaufen ließen, wurden von der Partei mit wunderbarer Leichtigkeit ausgeschieden. Eigentlich ist wunderbar nicht das richtige Wort, denn ein Wunder ist nicht dabei, es lag durchaus in der Natur der Sache: Eine Partei, die auf so gesunder Grundlage ruht, wie die deutsche Sozialdemokratie, die ihre Kraft nicht aus spekulativen Phantasien zieht, sondern aus den wirklichen Verhältnissen, aus den Ergebnissen der wirthschaftlichen Entwickelung, ist ein so mächtiger Körper, daß der Einfluß der Einzelnen, sobald er darauf gerichtet wird, sie aus ihrer natürlichen Bahn herauszudrängen, absolut wirkungslos bleibt. Hier gibt es keinen Widerstand: entweder stößt der Körper die widerstrebenden Elemente ganz ab, oder er zwingt sie, seine Bewegung wider Willen mitzumachen. Ein interessantes Phänomen, aber trostlos für unsere Feinde. All ihre Mühe, all ihr Oel ist vergeblich aufgewendet.

Sollen wir auch noch von dem kläglich verunglückten Versuch reden, die Massen durch die Bettelreform zu ködern? Wir denken, das hieße fast des Guten zu viel thun. Der Versuch ist fehlgeschlagen, und er mußte fehlschlagen. Der heutige Staat kann den Arbeitern nichts schenken, was er ihnen nicht zuvor genommen, und am Wenigsten kann das der Staat, der ihnen die Bewegungsfreiheit vorenthält im Interesse ihrer Ausbeuter. Selbst wenn sie noch weniger bettelhaft ausgefallen wäre, als sie bei der Natur des „praktischen Christenthums" eines Bismarck ausfallen mußte, wäre sie ein Fehlschlag geblieben. Wie das Krankenversicherungsgesetz die sozialistischen Stimmen nicht hinderte, im Jahre 1884 auf 550,000 zu wachsen, wie das Unfallversicherungsgesetz sie nicht hinderte, im Jahre 1887 — trotz der Krieg in Sicht-Hetze — auf 774,000 sich zu vermehren, so wird die „Krönung des Gebäudes", die Alters- und Invalidenversicherung nicht im Stande sein, ihrem Wachsthum bei den kommenden Wahlen Eintrag zu thun. Aber nehmen wir die zuletzt erreichte Zahl, sie spricht laut genug: 1878 437,000 Stimmen, 1887 774,000 Stimmen. In diesen Zahlen manifestirt sich der Bankrott des Sozialistengesetzes.

Bankrott — das ist das Verdikt, das heute, am zehnten Jahrestage, auf Aller Lippen schwebt. Bankrott — seine Feinde haben es längst vorausgesagt, seine Freunde müssen es wider Willen zugeben, indem sie nur noch mit seinem Defizit rechnen. Gibt es ein klassischeres Eingeständniß, daß man schmählich fallit gemacht, wenn man, weit entfernt, den Versuch zu wagen, sich einen Sieg herauszurechnen, sich nur noch damit abquält, die Niederlage, die man erlitten, kleiner darzustellen, als sie in Wirklichkeit ist? Mag es für unsere Feinde ein Trost sein, wenn sie behaupten, daß die sozialistische Bewegung ohne Sozialistengesetz heute wahrscheinlich noch größer wäre, als sie es mit dem Gesetz ist, dieses Zugeständniß an die Vortrefflichkeit unserer Sache, für das wir dankend quittiren, hilft ihnen doch nicht über das Bekenntniß hinweg: wir sind mit unserem Gesetz bankrott. Und wenn ein so pomphaft in die Welt gesetztes Machwerk zusammenbricht, so reimt sich auf Bankrott einzig und allein Hohn und Spott.

Hohn und Spott über ein Gesetz, das geschaffen wurde, unsere Partei zu vernichten, und sie im Gegentheil nur gefestigt hat! Hohn über die tobende Brutalität unserer Feinde, Spott über die Impotenz ihrer Waffen, ihrer Kriegsführung! Der Tag des zehnjährigen Bestandes des Schandgesetzes, der nach ihrer Meinung ein Tag sein sollte, an dem in den gelichteten Reihen der Sozialdemokratie nur Heulen und Wehklagen herrscht, er ist für unsere Partei ein stolzer Siegestag — ein Jubelfest haben unsere New-Yorker Genossen ihm zu Ehren zu feiern beschlossen, und sie haben damit den Empfindungen der Genossen weit und breit Ausdruck gegeben.

Mit stolzer Genugthuung feiert unsere Partei den 21. Oktober, kampfesmuthig, hoffnungsfreudig blickt sie in die Zukunft. Wer die Verfolgungen siegreich überstanden, die in den zehn Jahren seit Erlaß des Gesetzes auf sie eingestürmt, der hat die Gewähr seines schließlichen Triumphes in sich.

Aber über die frohen Empfindungen, die der Jubiläumstag in uns wachruft, vergessen wir darum doch nicht der Opfer, die der Kampf — was sagen wir, die Niedertracht unserer Gegner, der Partei auferlegt. Wir vergessen nicht der hunderte, unter dem Gewicht der Verfolgungen zu früh in's Grab gesunkenen Mitkämpfer, der in aller Munde Befindlichen, wie der Armee der Ungenannten, nur am Orte ihrer Thätigkeit bekannten. Wir vergessen nicht der Tausende, mit raffinirter Bosheit zu Grunde gerichteter Existenzen, noch des gestohlenen Familienglückes der Tausende und Abertausende von in die Kerker geschleppten, in's Exil gejagten Kämpfer unserer Sache. Wir vergessen nicht der frivolen Schädigungen unseres Eigenthums, der von den Arbeitern mit den Ersparnissen ihrer Arbeit gegründeten Organe und Organisationen, Genossenschaften und genossenschaftlichen Institute — der kleinlichen Chikanen so wenig als der brutalen Schläge. Keine Brutalität sei vergessen, und der Haß, der uns in der Erinnerung daran beseelt, er sei uns ein heiliges Erbe, von dem wir nicht ablassen wollen, bis alles Unrecht gesühnt, bis dies Schandgesetz gestürzt, und mit ihm alle Werkzeuge der Ausbeutung und Unterdrückung.

In diesem Sinne laßt uns den Gedenktag feiern — wie es am Schlusse eines zweiten, uns aus Anlaß dieses Tages zugegangenen Gedichtes heißt:

Drum feiern wir heute den Siegestag
Der Wahrheit über die Lüge,
An dem sich der Herrschenden Allmacht brach
An unsrer Phalanx Gefüge.

Wir feiern die siegende Freiheits-Idee!
Wir sehen mit lachendem Hohne
Herab auf die stürmende Kriegs-Armee
Der Stützen von Geldsack und Krone.

So steh'n wir im tosenden Kampfe der Zeit,
Bis einstens die Schlacht ist entschieden,
Bis einstens die Völker, von Ketten befreit,
Als Sieger diktiren den Frieden.

Sozialpolitische Rundschau.

London, 18. Oktober 1888.

Wir hatten gehofft, unsern Lesern mit der heutigen Nummer eine **summarische Zusammenstellung der Opfer** bringen zu können, welche das Sozialistengesetz unserer Partei und der deutschen Arbeiterschaft überhaupt auferlegt hat. Aber leider müssen wir darauf verzichten. Es war angesichts der Riesenarbeit, welche die Zusammenstellung erfordert, soll sie ein nach allen Seiten zuverlässiges Bild liefern, nicht möglich, sie bis zur festgesetzten Stunde fertig zu stellen, und ehe wir ungenaue Zahlen liefern, liefern wir lieber gar keine.

Um aber den Genossen ein Bild zu geben, um was für enorme Zahlen es sich da handelt, theilen wir heute mit, daß nach einer uns zur Verfügung gestellten, von berufener Seite angefertigten Statistik, die aber auch auf Vollständigkeit keinen Anspruch erhebt, auf die sechs Städte: Berlin, Chemnitz, Dresden, Hannover, Leipzig-Stadt, Magdeburg und dem Bezirk Leipzig-Land die auf Grund des Sozialistengesetzes verhängten Gefängnißstrafen zusammen:

142 Jahre 1 Monat 9 Tage

betragen, und in Untersuchungshaft

22 Jahre 9 Monate 23 Tage

zugebracht werden mußten.

Dabei fehlen aber: erstens alle Anarchistenprozesse, die doch auch zu den Wirkungen des Schandgesetzes gehören, bei Leipzig die Hochverrathsprozesse und bei Berlin die Prozesse des laufenden Jahres und auch sonst mancherlei Verurtheilungen.

Danach kann man sich vorstellen, was für eine Zahl für das ganze Reich herauskommen wird; man erinnere sich nur, wie hageldicht die Verurtheilungen in Hamburg, Frankfurt a. M., München, Breslau 2c. fielen, an die horrenden Strafen, die in Posen verhängt wurden 2c.

Genauere Zahlen liegen vor über die Verbote von Druckschriften, Auflösungen von Vereinen 2c. Die Ersteren belaufen sich auf **1234**, die letzteren auf: **282**, darunter 17 gewerkschaftliche Zentralverbände und Zentralkrankenkassen.

Dies mag für heute genügen. Einige weitere Zahlen geben wir in nächster Nummer. Die „Moral" findet der Leser im Leitartikel.

— **Auch eine der „segensreichen Wirkungen".** Vor dreizehn Jahren gab es in den Vereinigten Staaten, lesen wir in amerikanischen Zeitungen, nur zwei Wochenblätter sozialistischer Tendenz, der „New-Yorker Sozialdemokrat" und der „Chicagoer Vorbote". Beide Blätter zusammen hatten nicht viel mehr als 5000 Abonnenten. Heute weisen acht sozialistische Tageszeitungen und ebensoviele Wochenzeitungen einen Abonnentenstand von weit über fünfzig Tausend auf.

Vor 13 Jahren betrug die Gesammtzahl der organisirten Arbeiter, nach den genauesten Informationen, etwa eine halbe Million, jetzt beträgt sie das Doppelte.

Daß zu diesem Wachsthum das Ausnahmegesetz, das so viele Genossen von Haus und Heimath fort getrieben, ein erhebliches Theil beigetragen, kann absolut keinem Zweifel unterstehen. Ueberall, wohin sie kommen, haben die Ausgewiesenen mit Feuereifer für die Lehren des Sozialismus gewirkt, die bestehenden sozialistischen Organisationen gestärkt, zur Gründung von solchen Anstoß gegeben, und wenn nicht überall mit dem gleichen, so doch überall mit unverkennbarem Erfolg.

Wenn unsere Feinde mit dieser Wirkung ihres Machwerkes zufrieden sind, wir sind's auf jeden Fall.

— **Die Tagebuch-Geschichte,** so schreibt man uns, fängt an, dem Kanzler Eisenstirn und seinen Leuten fürchterlich zu werden. Der Kniff des Hausmeier, sich so zu stellen, als glaube er nicht an die Echtheit des Tagebuchs — oder der Tagebuchsauszüge — um hinter diesem durchsichtigen Vorhang über den Verfasser des Tagebuchs eine ganze Fluth von Verdächtigungen und Beschimpfungen auszuschütten, ihn sogar indirekt des Landesverraths, wenigstens der Hinneigung dazu zu denunziren, das ist denn doch zu plump, um nicht auch von dem Blödsichtigsten durchschaut zu werden, und zu gemein, um nicht auch bei dem dickfelligsten anzustoßen. Wenn wir von den Pindter, Schweinburg, dem Gesindel der „Kölnischen Oberkloake" und dem sonstigen Gewürm des Reptilienfonds absehen, läßt sich selbst in der Kartellpresse ein Ton des Mißbehagens über die unsaubere Angelegenheit erkennen. Und das Reptiliengesindel selbst ist in argen Schwulitäten und wechselt jeden Augenblick die Taktik und die Lügen.

Daß das „Tagebuch" ächt ist, wird jetzt von Niemand mehr im Ernste bestritten. Und daß es Staatsgeheimnisse enthalten habe, deren Veröffentlichung dem Reich hätte Gefahr bringen können, das glaubt nicht einmal der verbohrteste Kartellbruder. Wohl aber begreift Jeder, und auch der verbohrteste Kartellbruder, daß der Hausmeier durch die Veröffentlichung des „Tagebuchs" einen Stoß in's Herz erhalten hat, von dem er sich niemals erholen wird.

Und mit Ausnahme der allerverbohrtesten Kartellbrüder sieht Jedermann ein, daß der „geniale" Staatsmann Bismarck sich in dieser Tagebuch-Geschichte ganz unglaublich dumm benommen hat. Ein anderes Wort gibt es da nicht. Allerdings war es unmöglich, diesen furchtbaren Schlag zu pariren, und es war ebenso unmöglich, die Vogelstraußpolitik der Ignorirung zu verfolgen. Schweigen konnte der Hausmeier nicht. Aber er hätte sich darauf beschränken müssen, zu erklären, daß die Ereignisse Ihm doch recht gegeben hätten, daß das Reich in seiner jetzigen Gestalt, so wie Er es gewollt, sich vortrefflich bewährt habe. Wohl habe Er 1870—71 mit dem damaligen Kronprinzen nicht übereingestimmt — was übrigens bei der Verschiedenheit der Grundanschauungen öfters vorgekommen sei — indeß das gereiche Ihm nicht zur Schande und, unbeschadet der bewundernden Hochachtung vor dem damaligen Kronprinzen und nachmaligen Kaiser, sei Er nach wie vor überzeugt, recht gehandelt zu haben. Jedenfalls habe er gethan, was Pflicht und Gewissen ihm vorgeschrieben, und Er erwarte einfach das Urtheil der Mit- und Nachwelt.

Die Hurrahkanaille hätte einen solchen Orkan von begeistertem Patriotismus in Szene gesetzt, daß das höchste Reklamebedürfniß des Hausmeiers befriedigt worden wäre. Und die oppositionelle Kritik hätte aus dem „Tagebuch" nichts anderes nachweisen können, als daß der Kronprinz während des Krieges mit Frankreich eine weit noblere Rolle gespielt, als der Hohenzollern'sche Hausmeier; und daß der „nationale" Heiligenschein, der den Schädel des entlarvten „Reichsgründers" so lange geschmückt habe, nicht verdient sei. Indeß das ließ sich verschmerzen, und mit der Zeit hätten die Reptilien die Lügenlegende wieder nothdürftig zusammengeflickt.

Daß aber der Hausmeier die Echtheit des Tagebuchs läugnete, das Andenken „unseres Fritz" besudelte und seinen ganzen ingrimmigen Haß gegen denselben hervorbrechen ließ — daß er in seinem Immediatschreiben Lüge auf Lüge häufte, unter den lügnerischsten Vorspiegelungen die Polizei und den Staatsanwalt anrief und sich selbst auf's Aeußerste bloßstellte, das war ein so kolossaler Bockstreich, daß nur die Annahme, die Wuth über die Wahrheiten des Tagebuchs habe dem Eisernen die Besinnung geraubt, eine Erklärung bietet. Die Veröffentlichung des Tagebuchs hat Herrn Bismarck eine schwere politische Niederlage bereitet, der Prozeß gegen den oder die Urheber der Veröffentlichung hat ihn moralisch vernichtet und zeigt eine solche Niedrigkeit und Gemeinheit der Gesinnung und eine so wahnsinnige Selbstüberhebung, daß jedermann mit Ekel erfüllt wird.

Kurzum, der Hieb hat gesessen, und daß der preußische Junker, auf dessen Schultern das deutsche Reich ruht, und der sich stets als Hauptträger des monarchischen Prinzips hingestellt hat, die Monarchie und die Hohenzollerei so eifrig und so erfolgreich „untergräbt", das kann uns natürlich nur recht sein. Bei diesem Kampf, der in den höheren Regionen — denn daß sehr hohe Gönner hinter Geffken stehen, ist klar — ausgefochten wird, sind wir Sozialdemokraten „der Dritte, welcher sich freut" — und unsere Freude ist doppelt, denn das „Tagebuch" läßt keinen Zweifel darüber, daß „unser Fritz" eine liberale Aera eingeweiht hätte, — und das wäre für die Fortschritte unserer Partei entschieden von Nachtheil gewesen.

— **Die Reise der dreihundert preußischen Spitzel,** die den neuen „alten Fritz" in der Mitte haben, dauert fort und wird auch sobald nicht aufhören. Denn die Spitzel beziehen unterwegs doppelte Rationen und doppelte Löhnung, und für die Prügel, die's dann und wann absetzt, wird extra Schmerzensgeld bezahlt. Nicht so gut befindet sich der neue „alte Fritz". Man wandelt nicht ungestraft unter Palmen und Spitzeln. Wo Spitzel sind, gibt's Verschwörungen, und so kommt der neue „alte Fritz" nicht aus den Aengsten heraus. Seit er auf dem Thron ist, ist er schon von mindestens vierzig Attentaten bedroht gewesen — und seit er das letztemal Berlin verlassen, von mindestens zwanzig.

Angenehm ist's nicht, indeß seine Spitzel stehen sich vorzüglich dabei, und so wird das Ende der „Fahrten" noch lange nicht kommen. —

— **Ein Kaiser auf der Anklagebank.** Nicht auf der Anklagebank der Geschichte — das ist schon oft passirt — sondern auf dem wirklichen, veritabeln Armesünderbänkchen, das ist das erbauliche Schauspiel, das sich in nächster Zeit in Deutschland abspielen wird. Und noch erbaulicher: der Kaiser wird verurtheilt werden. Als Hochverräther zu mehrjährigem Gefängniß verurtheilt werden.

Wieso ein Kaiser? hören wir fragen. Nun, ist in Dr. Geffken nicht der Mann angeklagt, der ihm die Veröffentlichung des Tagebuchs auftrug? Und wird in Dr. Geffken nicht der Mann verurtheilt werden — denn daß das Reichsgericht genau so „Recht" sprechen wird, als Bismarck es befiehlt, ist selbstverständlich — der ihn zu dem Hochverrath, die historische Wahrheit an's Licht zu bringen, anstiftete? Ganz sicher, und so sitzt in Dr. Geffken heute Friedrich III. in Untersuchungshaft und wird von den Reichsgerichtsräthen abgeurtheilt werden wie der erste beste Sozialdemokrat.

Freilich, es ist nur ein todter Kaiser, mit dem das geschieht. Aber was thut das? Ein Anfang ist gemacht, das Beispiel, wie man Kaiser unschädlich macht, ist gegeben. Was heute mit dem todten Kaiser geschehen, kann morgen mit lebenden versucht werden. — Exempla docent — gute Beispiele sind die beste Lehrmethode.

— **Jetzt kommt es heraus.** Nämlich was für ein gräßliches Schicksal dieser Dr. Geffken von jeher gewesen. Hat doch der Mann, wie dem antisemitisch-judenfrommen „Deutschen Tageblatt" aus Barmen geschrieben wird, schon vor neun Jahren das Gegentheil von Hochachtung für den Reichskanzler ausgesprochen. „Können Sie mir irgend einen edlen Charakterzug bei Bismarck nachweisen? Niemals hatter sich edelmüthig verhalten!" — soll er gesagt und ausgeführt

haben, n Bismarck's Leben fehle jeder auf ein tieferes Gemüthsleben deutende freundliche Zug. Die Opfer seines Hasses verfolge er mit kalter Grausamkeit, bis er sie vernichtet habe. „In ähnlicher Weise", heißt es in der Zuschrift weiter, „hat Geffken sich damals noch des Längeren gegen Bismarck ausgelassen, so daß die Anwesenden den Eindruck gehabt haben, daß ihn ein persönlicher Haß, eine auf verletzter Eigenliebe beruhende Feindseligkeit gegen Bismarck erfüllte."

Der Schlußsatz ist recht bezeichnend. Die „Anwesenden", von denen da die Rede ist, waren insgesammt preußische Mucker, wie Herr Geffken ja auch zur „positiv-christlichen" Richtung gehört. Und diese frommen Christen können sich die Abneigung eines Ihrigen gegen einen Dritten nicht anders erklären als durch „verletzte Eigenliebe." Merkwürdiges Vertrauen auf die veredelnde Wirkung der wahren Religiösität, die diese Herren nach ihrer Ansicht gepachtet haben. Keinem von ihnen ist der Gedanke gekommen, daß die Feindseligkeit Geffken's gegen Bismarck in einer wirklichen sittlichen Empörung über dessen — nach seiner Ueberzeugung — unchristliches Verfahren wurzeln könne.

Das „Deutsche Tageblatt" geht noch einen Schritt weiter und schließt aus der erwähnten Schilderung auf „eine schon damals vorhandene krankhafte Gereiztheit Geffken's."

Wär's da nicht praktischer, gleich summarisch jeden, der nicht Bismarck als den weichherzigsten aller Menschen verehrt, die da leben, die je gelebt haben und je leben werden, als gemeingefährlich unter Staatsaufsicht zu stellen?

Für uns ist Birmarcks Edelmuth ebenso unübertroffen, wie des „Deutschen Tageblatt" Unbe—zahlbarkeit.

— **Armer Bismarck!** Fast könnte man Mitleid mit dem unfehlbarsten aller Staatsmänner empfinden, wenn man sieht, wie kläglich die Pfeile, die er auf das fatale Tagebuch, bezw. dessen Schreiber abgeschnellt, einer nach dem andern ab- und auf den ungeschickten Schützen zurückprallen. Jemanden als Lügner hinzustellen, das geht wohl an, wenn keine Beweisstücke vorhanden, die das Gegentheil beweisen oder wenn man sie als Staatsgeheimniß zuvor in Sicherheit bringen kann, aber wenn das nicht der Fall, wenn die Beweisstücke Einem unbarmherzig um die Ohren geschlagen werden können, dann ist's eine recht fatale Tölpelei.

Behauptung für Behauptung aus der famosen Immediateingabe gegen das Tagebuch, die dessen Unzulässigkeit darthun, es und seinen Verfasser vor der Welt als unglaubwürdig hinstellen sollte, werden selbst als Lug und Trug nachgewiesen. Um nur zwei herauszugreifen:

In seiner Eingabe behauptet Bismarck, es sei nicht nur nicht wahr, daß, wie es im Tagebuch heißt, 1870 der damalige preußische Kronprinz auf die Verleihung des Eisernen Kreuzes auch an Nichtpreußen gedrungen, dieselbe aber erst am 23. August durchgesetzt habe, sondern es haben vielmehr umgekehrt er — Bismarck — und der alte Wilhelm noch in Versailles „also zwei Monate später" den Kronprinzen wiederholt bitten, bezw. auffordern müssen, mit der Verleihung des Eisernen Kreuzes auch an Nichtpreußen vorzugehen, bis dieser seinen Widerstand dagegen aufgegeben habe. Schroffer kann man Einen gar nicht Lügen strafen als es hier geschieht, und für alle, die dem deutschen Reichskanzler Glauben — s. v. v. — schenken, stand auch sofort bombenfest, daß Friedrich in seinem Tagebuch gelogen hat. Aber leider, leider giebt es Bibliotheken, und in Bibliotheken giebt es Zeitungsbände, und in dem Band des „Regierungsblatts für das Königreich Bayern" vom Jahre 1870 fand ein Mitarbeiter der „Nation" in der Nr. 69 folgende Bekanntmachung:

„Se. Majestät der König von Preußen haben auf Antrag Seiner k. Hoheit des Kronprinzen von Preußen, des Befehlshabers der dritten deutschen Armee, die nachbenannten bayerischen Generale, Offiziere und Mannschaften wegen ihres vorzüglichen Verhaltens vor dem Feinde in den Kämpfen von Weißenburg und Wörth — 4. und 6. August — durch Verleihung des Eisernen Kreuzes zweiter Klasse ausgezeichnet." (Folgen auf zwei Spalten die Namen der Dekorirten.) Der König von Bayern, heißt es in dem betreffenden Artikel der „Nation" weiter, gestattet bereits in einem Erlaß d. d. Berg, den 4. September 1870, das Tragen der Dekorationen. Zieht man also die Entfernung vom Kriegsschauplatz bis an das bayerische Hochland in Rechnung, so erscheint es ganz unzweifelhaft, daß gerade im letzten Drittel des August, so wie es das Tagebuch angiebt, die ersten Eisernen Kreuze an die süddeutschen Verbündeten ausgetheilt worden sind. Es bedurfte somit zu Versailles im Oktober gewiß keiner wiederholten „Anregungen" für eine Sache, die bereits in so umfangreicher Weise im August zur Ausführung gekommen war.

Klatsch! Eine Ohrfeige saß.

Und nun die zweite.

Im Tagebuch heißt es unterm 13. Juli: „Unterredung mit Bismarck, der am 12. spät aus Madrid die Nachricht von dem Verzichte des Erbprinzen erhielt, wodurch er den Frieden für gesichert hält; will zurück nach Varzin, scheint überrascht durch die Wendung in Paris."

Hochtrabend bemerkt Bismarck mit Bezug hierauf in seinem Immediatbericht: „Gleich in den ersten Zeilen wird gesagt, daß ich am 13. Juli 1870 den Frieden für gesichert gehalten hätte und deshalb nach Varzin zurückkehren wollte, während aktenmäßig feststeht, daß ich den Krieg für nothwendig hielt und nur unter Rücktritt aus dem Amte nach Varzin zurückkehren wollte, wenn er vermieden würde."

Das heißt ganz deutlich: Friedrich hat im Tagebuch gelogen.

Aber leider, leider giebt es ꝛc. ꝛc. (siehe oben) und so sind gewisse unangenehme Leute dahintergekommen, daß die seinerzeit vom preußischen Staatsministerium herausgegebenen „Provinzialkorrespondenz" am Abend des 13. Juli 1870 folgende amtliche Mittheilung brachte:

„Der Bundeskanzler Graf Bismarck war angesichts der Dringlichkeit der politischen Verhältnisse von Sr. Majestät dem Könige nach Ems beschieden worden, um über die wünschenswerthe Einberufung des Reichstags Vortrag zu halten. Graf Bismarck folgte, indem er die begonnene Karlsbader Kur unterbrach, unverweilt dem Rufe des Königs und traf am Dienstag Abend von Varzin in Berlin ein, wo er sofort eine Besprechung mit dem Kriegsminister und dem Minister des Innern hatte, und am Mittwoch früh die Reise nach Ems vorzunehmen beabsichtigte. Nachdem jedoch am Abend ein Telegramm der Botschaft in Paris hier eingegangen war, nach welchem der dortige spanische Gesandte dem Herzog von Gramont amtlich den Verzicht auf die Hohenzollern'sche Kandidatur angezeigt hatte, gab Graf Bismarck unter den veränderten Umständen die Weiterreise nach Ems auf und gedachte, nach Varzin zurückzukehren."

Auch in anderen Veröffentlichungen aus jenen Tagen ist die Sache so dargestellt, und wenn, was wir übrigens gar nicht bezweifeln, Bismarck den Krieg damals gewünscht hat, so ist damit durchaus noch nicht widerlegt, daß er selbst nicht einen Augenblick gedacht haben oder den Eindruck auf Andre gemacht haben soll als denke auch er, mit dem schönen Kriegsgrund sei es vorläufig nichts. Der Beweis, daß Friedrich III. im „Tagebuch" gelogen, ist verunglückt, bewiesen ist dagegen, daß Friedrich III damals wahrscheinlich, das Volk aber sicher von Bismarck belogen worden ist.

Klatsch! Die zweite Ohrfeige.

Und so geht's lustig weiter, von dem ganzen Lügengewebe bleibt kein Fetzen zerzaust.

So kläglich ist des Kanzlers Situation, daß sich selbst Freikonservative — man bedenke die freikonservative Partei hat ihren Namen daher, daß sie nie in Opposition zur Regierung tritt, was z. B. die konservative Partei zuweilen gethan — daß also selbst freikonservative Blätter sich weigern, an ihr theilzunehmen. Das Berliner „Deutsche Wochenblatt", das zu dieser Partei hält, schrieb z. B.:

„Der wahre Freund nützt, indem er die Bedenken ausspricht, warnt und dadurch künftigen Gefahren vorbeugt. Im vollen Bewußtsein der überlegenen Größe des Reichskanzlers und seiner Bedeutung für unsere Nation haben wir dennoch die Pflicht gehabt, die Stellungnahme des Fürsten Bismarck gegenüber dem Tagebuch Kaiser Friedrichs im Interesse des monarchischen Prinzips und des Hohenzollernhauses tief zu beklagen."

Die Schlußphrase ist natürlich eine schüchterne Umschreibung für „im Interesse seiner Reputation." Im Uebrigen aber sei als bezeichnend erwähnt, daß der Leiter des Deutschen Wochenblattes — Historiker ist.

Armer Bismarck — doch halt, uns fällt ein Ausweg ein:

Könnte man nicht das „Regierungsblatt für das Königreich Bayern", Jahrgang 1870, die „Berliner Provinzialkorrespondenz", Jahrgang 1870, sowie noch eine ganze Anzahl amtlicher und halbamtlicher Publikationen aus dem Jahre 1870 für — Staatsgeheimnisse erklären?

— Ueber die **Wiederherstellung der Internationale** wird jetzt ungemein viel geflunkert, nach den Einen wäre sie im Werk, nach den Andern bereits vollendete Thatsache, gebiete über eine vortreffliche Organisation, enorme Machtmittel, eine gefüllte Kriegskasse von mehreren Millionen ꝛc. ꝛc.

Wir waren erst geneigt, dieses Zeugs für Sensationsschwindel eines zeilenhungrigen Reporters zu halten, nach uns bekannt gewordenen Thatsachen handelt es sich aber bei der letzteren Lesart um mehr, nämlich um **bestellte Arbeit.** Und zwar für einen sehr hohen Herrn bestellte Arbeit — wohlgemerkt für ihn, nicht von ihm. Gute Freunde wollen ihm klarmachen, wie nothwendig sie und ihr Chef — der arme Verkannte und Verbannte — für seine und des Staates Sicherheit sind.

Wir stellen das fest und wünschen im Uebrigen den Herren — etwas mehr Witz.

— **Aus dem deutschen Sumpf.** In Berlin starb Ende vorigen Monats ein Mann, der 1848 und späterhin eifrig für die Sache der Freiheit gewirkt hatte und von der Reaktion hart dafür bestraft wurde, nämlich der frühere Oberlehrer am Kölnischen Gymnasium Dr. **Hartwig Gercke,** einer der Mitangeklagten in dem berüchtigten Ladendorf'schen Prozeß, Hinkeldey-Henze'schen Angedenkens. „Der damals 31jährige, schreibt die „Vossische Ztg.", war zum Tode verurtheilt und zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt worden, aus aus dem er nach Hinkeldey's Tode unter der Bedingung der Auswanderung entlassen wurde. Nach dem Jahre 1870 war es Gercke vergönnt, mit seiner Familie nach Berlin zurückzukehren, wo er von einer kleinen Pension, die ihm nachträglich ausgewirkt wurde, mit Sprachunterricht und mit literarischen Arbeiten den Unterhalt für sich und die Seinen bestritt."

Am Sonntag, den 30., Nachmittag, wurde er begraben. „Es war ein stürmisches Wetter", schreibt die „Volksztg.", „der Wind peitschte die Regenmenge vor sich her, einsam und verlassen lag der Friedhof da, auf welchem ein sturmbewegtes, friedloses Leben nunmehr den ewigen Frieden finden sollte. Ein einfacher, gelber Sarg stand in der Leichenhalle aufgebahrt, mit wenigen Kränzen geschmückt. Die trauernde Wittwe, ein paar alte Freunde des Verblichenen, unter ihnen Dr. Guido Weiß, der sich gerade in Berlin befand, Abg. Knörcke und Stadtverord. Leddihn, wie vier Japaner, ehem. Schüler des Verstorbenen, umstanden ihn. Vom Kölnischen Gymnasium war niemand erschienen.

Wär's ein Lump gewesen, der es durch serviles Katzbuckeln zu Etwas gebracht, die Lehrerschaft, die durch die Zeitungen benachrichtigt war, hätte einem ehemaligen Kollegen die letzte Ehre erwiesen. Aber er war ein Mann der Ueberzeugung, ein Märtyrer der Volkssache, und für einen solchen den Weg zum — Friedhof zu riskiren, wer wollte dem Reserve-Lieutenant, der nebenbei Lehrer ist, solche erniedrigende Zumuthung stellen! Da könnte ja die Reputation des Berufes darunter leiden.

Pfui der Kriecher und Kastratenseelen!

— **Von den „Edelsten und Besten."** An einem Kaiserwort soll man nicht drehen und deuteln. Aber illustriren soll man es, und so wollen wir denn nicht verfehlen, den Lesern von Zeit zu Zeit etliche Bilder aus den Kreisen der „Edelsten und Besten, meines Adels", wie Wilhelm II. sich ausdrückte, vorzuführen. Es ist das schon deshalb von Werth, weil aus dem zitirten Satz ganz klar hervorgeht, daß der Adel noch mehr als bisher im Rathe der Herrschenden die maßgebende Rolle spielen wird.

Wahlan, in vorletzter Woche konnte man in Berliner Zeitungen lesen:

A. „Wegen **fünf schwerer Urkundenfälschungen** hatte sich heute der schon bejahrte Regierungsbaumeister a. D. **Baron Karl v. Seydlitz** vor der dritten Strafkammer hiesigen Landgerichts I. zu verantworten. Der Angeklagte, welcher in den verschiedensten Theilen der Welt Ingenieurbauten aufgeführt und namentlich auch in Serbien Eisenbahnen gebaut hat, hat infolge unglücklicher Familienverhältnisse und namentlich infolge von Erbschleichereien, die er einem Bruder vorwirft, schließlich Schiffbruch auf der Lebensreise erlitten und verbüßte jetzt eine ihm wegen Unterschlagung auferlegte viermonatliche Gefängnißstrafe. Er ist geständig, in seiner finanziellen Bedrängniß fünf Wechsel von ziemlich hohen Beträgen auf den Namen seines inzwischen verstorbenen Bruders, des Majoratsherrn Richard Frhr. v. Seydlitz, fälschlich angefertigt (d. h. **gefälscht,** immer hübsch die Dinge beim rechten Namen nennen) zu haben. Der Angeklagte wurde zu 9 Monaten Gefängniß verurtheilt."

B. „Der Fürst Salm-Kyrburg ist mit zwei Millionen in Konkurs gerathen. So was ist deutschen Fürsten und Adeligen schon öfter passirt; aber daß nur so wenig Aktiva zur Vertheilung da sind, daß die Gläubiger nur ½ pCt. ihrer Forderung jährlich bekommen und dabei für den verkrachten Fürsten noch jährlich 3600 Mk. Futterkosten zahlen sollen, während der edle deutsche Fürst in Paris einen Onkel, der vierfacher Fürst und Herzog und sechzigfacher Millionär, und eine Frau mit 20—30 Millionen hat, das ist noch nicht dagewesen. Für eine derart schamlose Prellerei seiner Gläubiger, bemerkt dazu die Berliner „Volkszeitung", gehört dieser sonderbare „deutsche Fürst" unseres Erachtens ins Zuchthaus, nicht in ein Fürstenpalais."

Wär's ein gewöhnlicher Sterblicher, so würde sich vielleicht doch ein Staatsanwalt gefunden haben, der das Verfahren des Herrn einer näheren Untersuchung unterzogen hätte, aber einen Fürsten, einem im höchsten Range der Edelsten und Besten stehenden dergleichen anzuthun, das wäre ja der reine Umsturz.

Wechselfälschung, Erbschleicherei, Uebervortheilung — ein recht anmuthendes Bild.

— **Geschäftspolitiker** erfreuen sich im Allgemeinen keines sonderlichen Rufs; in den Vereinigten Staaten von Nordamerika, wo mit der Politik die fettesten Geschäfte zu machen sind, gilt trotz der materialistisch-realistischen Richtung des Yankeevolks die Bezeichnung „Politiker" (politician), welches Wort einen Geschäftspolitiker bedeutet, für eine der ärgsten Beschimpfungen, und der Mann, der seine politische Stellung benützt, um Geschäfte zu machen und sich zu bereichern, steht an Verächtlichkeit noch tiefer als der gemeine Eisenbahn- oder Bergwerksdieb. Und das von Rechtswegen. Die Engländer, über deren Selbstsucht unsere Reptilien so tugendhaft die patriotische Nase zu rümpfen pflegen, sind in dieser Beziehung fast noch ungemüthlicher als ihre amerikanischen Vettern. Sie haben ein Gesetz, welches bestimmt, daß jedes Parlamentsmitglied, welches direkt oder indirekt eine öffentliche Lieferung übernimmt oder sonstwie ein Geschäft macht, das ihm direkten oder indirekten Gewinn aus öffentlichen Kassen verschafft, sofort seines Mandats verlustig geht. Und da in England Niemand Minister sein kann, ohne im Parlament zu sitzen, so sind auch alle englischen Minister den Bestimmungen dieses strengen — und streng gehandhabten Gesetzes unterworfen. In dem „verkommenen" Frankreich versteht man ebenfalls keinen Spaß in dieser Beziehung, und sogar unter der korrupten Regierung des „Bürgerkönigs" Louis Philippe wurde — 1847 — ein Minister, der sein Amt zu Geschäftsspekulationen mißbraucht hatte, auf viele Jahre ins Zuchthaus geschickt (Prozeß Teste-Cubieres). —

In unserem biederen braven Deutschland, das nach den Versicherungen der herrschenden Nationalrüpel alle Ehrlichkeit und Sittenreinheit der ganzen Welt für sich allein gepachtet hat, ist man im Punkte der politischen Moral merkwürdig — liberal, wohl der einzige Liberalismus, der heute nicht in Acht und Bann, ja der sogar hoffähig ist. Da nehmen wir z. B. — wir wollen nur einen einzigen Griff „in's Volle" thun — da nehmen wir z. B. den Hausmeier der Hohenzollern. Der Mann ist seit 26 Jahren Haupt der Regierung, hat die ganzen 26 Jahre hindurch eine ausgezeichnete Besoldung gehabt, die für seine Arbeiten einen mehr als ausreichenden Lohn bildete — trotzdem hat er sich noch von dem Mann, welchen er bis zu dessen Tod behausmeierte, viele, viele Millionen schenken lassen — natürlich aus des Volkes Taschen — theils in baarem Geld, theils in Geldeswerth. Das genügte ihm jedoch noch nicht — er ließ in „seinem" Reich den Klingelbeutel herumgehen, und ein sehr rundes Sümmchen für sich zwangssammeln, welches er „zum Uebrigen legte" und den „geschenkten" oder „dotirten" Millionen hinzufügte. Indeß auch das genügte der hamsterartigen Sammelwuth des Hausmeiers der Hohenzollern nicht. Er hatte gelernt, daß die besten „Geschenke" diejenigen sind, welche man sich nimmt, und daß sich durch's „Geschäft" mehr verdienen läßt, als selbst mit „Dotationen", Der „Reichsgründer" ging unter die Geschäftsgründer, Er gründete — Schnapsbrennereien, Papierfabriken, Sägemühlen und sonstige Mühlen; und er übernahm Lieferungen — Papierlieferungen, Holzlieferungen (der „Sachsenwald" erlaubte ihm das) und der Himmel weiß was sonst für Lieferungen.

Aber freilich — bei Lieferungen muß man vorsichtig sein — wenn der Besteller insolvent ist, gibt es keine Moneten. Also des Bestellers galt es sich zu versichern. Wozu ist man Politiker? Wozu ist man Kanzler? Wozu ist man Hausmeier? Wozu hat man ein Reich gegründet, von dem man stolz sagen kann: „das Reich bin ich!"? Das neue deutsche Reich ist zwar ein deutsches Arm — gerade wie das alte zu Wallensteins und des seligen Schiller's Zeiten, allein reich genug, um die fetten Rechnungen seines Gründers zu bezahlen, ist's immer noch. Und so wählte sich denn der vorsichtige Reichsgründer das Reich selbst zu seinem Geschäftskunden, und er war dabei seiner Sache um so sicherer, als er ja für prompte Zahlung selbst sorgen konnte. Und für gute Zahlung, denn als oberster Chef der Regierung und der Finanzen konnte er natürlich auch die Preise bestimmen. „Das Reich bin Ich, das Reich ist mein Kunde. Ergo bin Ich Lieferant und Kunde in einer Person." Ein wunderbar angenehmes Verhältniß, das wohl auch nicht oft dagewesen ist, und dessen Annehmlichkeiten und Vortheile auch den wenigst Scharfsinnigen und Geschäftskundigen sofort in die Augen springen. —

Nun — dieser sinnreiche Geschäftspolitiker — als Geschäftspolitiker ist der Mann von unbestrittener Genialität — genoß die Annehmlichkeiten und Vortheile nach Herzenslust und die „geschenkten" Millionen wurden bald verdunkelt durch die „verdienten" Millionen des Schnapsbrenners, Papiermüllers, Sägemüllers, Telegraphenstangenlieferanten und so weiter — denn die Geschäftsthätigkeit des Reichsgründers ist eine so vielseitige, daß es unmöglich ist, die einzelnen Zweige und Thätigkeiten alle aufzuzählen.

Verluste gibt's nicht, denn Preis, Profit und Zahlung bestimmt er selbst, und wo er das Reich nicht zum direkten Kunden hat, da muß es ihm wenigstens gute Preise und einen sicheren Markt verschaffen. Die „Schnapsbrennerpolitik" des Hausmeiers hat dem Schnapsbrenner-Hausmeier viele Millionen eingebracht, und die Korn- und Schutzzollpolitik des großen Staatsmannes hat dem kornpflanzenden, Mühlebesitzenden ditto Staatsmanne viele, viele Millionen in die Tasche befördert und den Marktwerth seiner Güter um viele, viele Millionen vermehrt.

Es fragt sich, ob selbst in Amerika, wo das Geld ja mitgleich „billiger" ist, jemals ein Geschäftspolitiker sich nur die Hälfte dessen „verdient" hat, was unserem deutschen Reichsgründer zu verdienen gelungen ist.

In England wurde einmal ein Minister cum infamia (mit nördlicher Brandmarkung) aus dem Amte gejagt, weil er bei einer Lieferung, die er einem Beamten verschafft, ein kleines „Trinkgeld" von 100 Pf. St. empfangen hatte. Und der Mann durfte sich nirgends mehr sehen lassen, er war für das öffentliche Leben todt. Doch so handeln nur gemeine, egoistische, das Geld als Höchstes verehrende, das goldene Kalb umtanzende Engländer. Wir Deutsche sind andere Kerle! Wir schimpfen zwar mordsmäßig auf den [illegible] Materialismus anderer, auf den Geldherwerb erpichter [illegible] Sorter, und rühmen unseren eigenen selbstlosen [illegible] Idealismus, der jegliche Korruption haßt — allein die Praxis versetzt der Theorie die fürchterlichsten Ohrfeigen, und unser nationaler Held, in dem sich unsere nationalen Ideale verkörpern, ist ein spekulirender, geldmachender Schnapsbrenner, Papier- und Sägemüller, Telegraphenstangen-Lieferant. — Kurz der hungrigste und unskrupulöseste „Geschäftspolitiker", den die Welt je gesehen. Eines steht aber fest: der Göze und die Götzenanbeter sind einander würdig.

— **Der verkürzte Arbeitstag und die Produktion.** Sie ist schon hundertfach widerlegt worden, und doch taucht sie immer wieder auf und kann daher nicht oft genug widerlegt werden, die Fabel, daß eine Reduktion der Arbeitszeit auch eine Reduktion der Produktion bedeute. Wir wollen daher an dieser Stelle wieder ein Beispiel aus der Erfahrung folgen lassen, das das genaue Gegentheil von dem beweist, was Klassenegoismus und Klassenvorurtheil gegen die Forderung der Arbeiter nach Einführung kürzerer Arbeitszeit in's Feld zu führen lieben.

Im Jahre 1877 erhielt die Schweiz ein Fabrikgesetz, welches für die Arbeitszeit in Fabriken eine Maximalzeit von 11 Stunden festsetzte. Da bis dahin in einer großen Anzahl von Fabriken 12 und mehr Stunden gearbeitet worden war, so hätte nach der obigen Theorie eine eine erhebliche Verminderung der Produktion eintreten müssen. In Wirklichkeit aber trat das Gegentheil ein. In einem Artikel „Die Spinner und das Fabrikgesetz" bringt der „St. Galler Stadtanzeiger" mit Bezug auf die Schweizerische Spinn-Industrie folgende interessante Zahlen:

„In der Periode von 1870 bis 1877 betrug der jährliche Export an Baumwollgarn im Durchschnitt **49,237** Meterzentner, in der Periode von 1876 bis 1881 dagegen **7[illegible],153** Meterzentner, Die Zunahme beträgt etwa 45 Prozent. Die Garneinfuhr wuchs dagegen von jährlich 10,760 Meterzentner auf 15,145, also um etwa 40 Proz."

Hieraus geht bereits hervor, daß das Fabrikgesetz keinesfalls die Wirkung gehabt, die Industrie vital zu schädigen, ihren Bestand zu untergraben.

Sehen wir aber weiter zu, wie das Fabrikgesetz auf die Verhältnisse in den einzelnen Etablissements gewirkt.

In einem Vortrag, den seinerzeit der Spinnereidirektor Blocher — also ein Vertreter der Unternehmer, — in Basel gehalten, führte er folgende Verhältnißzahlen der jährlichen Produktion aus einer Grobspinnerei während der Jahre 1873 bis 1882 an. (Dieselben sind auf die gleiche Tageszahl, die gleiche Spindelzahl und die gleiche Feinheitsnummer umgerechnet. Die Maschinen waren während der ganzen Periode die nämlichen):

„In den ersten fünf Jahren, 1873 bis 1877, betrug die tägliche Arbeitszeit zwölf Stunden, in den folgenden fünf Jahren bloß elf Stunden. Für das Jahr 1873 ist die Verhältnißzahl gleich 100 angenommen; dann gab es im Jahr 1874: 98,5, 1875: 106,7, 1876: 104,08, 1877: 102,1, 1878: 97,6, 1879: 101,9, 1880: 104,5, 1881: 110,8, 1882: 102,6.

Das Mittel der ersten Periode beträgt 102,4, das der zweiten 103,5.

Bemerkenswerth ist, daß im ersten Jahr nach der Reduktion auf elf Stunden die Zahl plötzlich fiel auf 97,6 und dann aber stetig stieg, bis die frühere Zahl nicht nur erreicht, sondern noch etwas übertroffen war.

„. . . . Die Löhne sind in der Periode nach Erlaß des Fabrikgesetzes gleichfalls etwas gestiegen. So betrug der jährliche Durchschnittslohn von Kindern und Erwachsenen in einer Grobspinnerei, welche wenig jugendliche Arbeiter beschäftigt, in den Jahren 1868 bis 1877 Fr. 599 oder per Tag Fr. 2,— und in den Jahren 1878 bis 1886 Fr. 674 oder per Tag Fr. 2,25."

Allerdings meint Herr Blocher, daß sich die zwölfte Stunde vollständig durch gesteigerte Thätigkeit nicht einbringen lasse, eine gewisse Minderleistung entfalle doch auf den Einzelnen. Nun, das halten wir an sich noch für kein so großes Unglück; daß die allgemeine Produktion nicht gelitten hat, zeigen die obigen Zahlen. Indeß, um auch diesen Gesichtspunkt nicht außer Betracht zu lassen, wollen wir blos auf den von uns eingeschalteten Satz hinweisen, wo es heißt, daß während der ganzen Periode die Maschinen die nämlichen waren. In den meisten Fällen sind aber, wie bekannt, die Unternehmer darauf bedacht gewesen, als Ausgleich für die Herabsetzung der Arbeitszeit die Maschinerie zu vervollkommnen, und wo sie dies thaten, war der Erfolg, daß die frühere Produktion weit überflügelt wurde. Mit Recht zieht unser Schweizerj-

scher Kollege einen Satz aus der „Monatsschrift für Textilindustrie, dem Organ des „Vereins deutscher Wollkämmer und Kammgarnspinner“ an, wo es mit Bezug auf die Baumwoll-Industrie der Vereinigten Staaten heißt:

„Wie in jeder andern Industrie, so sind heutzutage auch in der Baumwollindustrie diejenigen Etablissements die rentabelsten, welche die größte Produktionskraft besitzen und mit den besten und neuesten Maschinen arbeiten. Kleine Etablissements bezahlen deshalb heute auch lange nicht so gut wie die großen. Diese Lage der Dinge ruft denn auch neben der Anlage neuer Institute eine allgemeine Ausdehnung und Vergrößerung der bereits bestehenden Spinn- und Webefabriken hervor. Die Nachfrage nach den neusten Erfindungen und verbesserten Maschinen ist eine sehr rege in dieser Branche, da die bestehenden Etablissements zu stetigen Neuanschaffungen und Veränderungen gezwungen sind.“

Hier, und in der neueren Zollpolitik der großen Staaten liegen die Ursachen, weshalb die Verhältnisse in der Schweizerischen Spinnerei in der neueren Zeit sich verschlimmert haben, und nicht am Fabrikgesetz. Es fehlt ihr an Expansionskraft.

Und so sieht denn auch Herr Blocher ihre Rettung nicht etwa in der Aufhebung des Fabrikgesetzes, im Gegentheil tritt er, und das mögen sich die Fresnde des „freien Arbeitsvertrages“ merken, gerade als Mann der Praxis für einen Ausbau, eine Ergänzung der Fabrikgesetzgebung im Sinne der Pflege der Wohlfahrt der Arbeiter, für eine Kräftigung der Arbeiterklasse ein.

Man sieht, das genaue Gegentheil von dem, worauf heute in Deutschland von dem Universalheilkünstler für soziale Schäden hingearbeitet wird.

— **Alles ehrliche Arbeit.** Die „Société des Metaux“ in Paris, die Hauptmacherin der famosen Kupferschwänze, über die wir seinerzeit berichteten, hat für das verflossene Jahr nicht weniger als gegen 13 Millionen Mark Gewinn erzielt. Alles der Ertrag ehrlicher Arbeit. Aber wessen?

Welche Frage! Voran der geistigen Arbeiter, der Direktoren und Verwaltungsräthe und alsdann der physischen Arbeiter, der Aktionäre. Ihnen wird reicher Lohn für ihre schwere Mühe zu Theil, verdientermaßen, denn an der Börse zu operiren, erfordert enormen Aufwand von Wissen, und die Arbeit des Couponsabschneidens rackert den physischen Menschen bis zur Erschöpfung ab. Sie sind es, die alles schaffen, und die Nichtsthuer, die den lieben langen Tag in den Gruben herumschlendern oder sich an den Schmelzöfen die faulen Glieder wärmen, können froh sein, wenn man sie überhaupt in der menschlichen Gesellschaft duldet.

— **Ein Amerikaner über Bismarck.** Ein Amerikaner, lesen wir im „St. Louis Tageblatt“, der Deutschland und Frankreich bereist hat, schreibt aus Amsterdam an den „New-Yorker Herald“:

„Mir scheint, daß unsere deutschen Freunde in Wolkenkuckucksheim wohnen. Deutschlands Herrscher haben das Volk gelehrt, sich auf noch einen großen Krieg gefaßt zu halten; die Deutschen erwarten daher beständig einen „Schlag“, einen Angriff, sehen aber Keinen, der sie angeblich hauen will.

Das ist eine unerträgliche Situation, besonders für ein Volk, das nicht in Krieg vernarrt ist. Die Deutschen lassen sich das aber gefallen, weil der große Bismarck sagt: „es geht nicht anders“, und der junge Kaiser mit seinen jungen Generälen aus persönlichem Ehrgeiz das Volk fortwährend alarmirt.

Wir Amerikaner, die wir selber einen großen Krieg durchgemacht, wir wissen, welch' noblen Ehrgeiz jener Krieg erweckte, aber die deutschen Herrscher haben volksfeindliche Ziele im Auge, rein persönliche und dynastische Interessen, welche wir Amerikaner für unberechtigt halten.

Während des 1870er Krieges hatte Deutschland meine Sympathie wie die der meisten Amerikaner, weil Deutschland im Rechte war. Nun aber sind die Sympathien aller Amerikaner, die einer Volksregierung ergeben sind, auf Seiten der Franzosen. Englische wie deutsche Blätter diskreditiren fortwährend die französische Republik und kündigen ihren Sturz an; in Deutschland allerdings nur die offiziösen. Bismarck war ein Junker, ist ein Junker und wird ein Junker bleiben: Er ist der grimmigste Freiheitsfeind der Welt.

Es giebt Deutsche, welche gern eine freie Regierung in Deutschland sehen möchten, aber sie sind vorderhand hoffnungslos; sie sehen, daß der Strom gegen sie ist; daß der junge Kaiser von seinen Lehrmeistern zur Rolle eines Stierochsen abgerichtet wird, der mit dem Kopf gegen die Wand rennt, sie sehen die unaufhörlichen Kriegerlistungen und die Gefahr, die daraus entspringt, — aber sie können nichts dagegen thun.

„Neulich zeigte ich einem deutschen Freunde ein deutsches Buch, das mir sehr gefiel: „Die Nation in Waffen“. — Mein Freund sagte: „Interessant ist das Buch freilich, aber Sie sehen wohl, daß es lediglich mit großem Geschick den überwiegenden Militarismus feiert; das Buch beruht auf der Theorie, daß uns noch ein und zwar ein größerer Krieg bevorsteht und daß für diesen Zweck alle Kräfte angespannt werden müssen.

Wir bilden thatsächlich eine große Kriegsmaschine aus. Unserem jungen Kaiser macht es Spaß, um Mitternacht Generalmarsch schlagen zu lassen und große Revuen abzunehmen; aber es erscheint Vielen, daß unsere Maschine zu gut „gefixt“ wird, gleichwie mancher englische Preiskämpfer zu viel geschult wird. Unsere Machthaber denken an weiter nichts als an Krieg. Möchten sie doch auch ein Wenig an Frieden denken!“

Und dieser Deutsche ist im Kriege gewesen. Ich glaube, wenn das deutsche Volk gehört werden könnte, es würde sich nicht für weitere Kriegsrüstungen, sondern für Frieden und Entwaffnung erklären. Man sagt mir, daß Friedrich III. die Absicht hatte — Elsaß-Lothringen, unter Garantie der europäischen Mächte, zu einer neutralen Zone zu erklären, um dem französisch-deutschen Streite ein Ende zu machen; aber der Sohn, der jetzt Kaiser ist, sagte neulich, er würde lieber alle 46 Millionen Deutsche auf dem Schlachtfelde verbluten sehen, als einen Zoll Bodens abtreten.

Solches Geschwätz ist sicherlich eines Regenten unwürdig, und ich freue mich, daß die Presse des republikanischen Frankreich mit einer einzigen Ausnahme es unter ihrer Würde hielt, mit einer Gegen-Rodomontade zu antworten. Wir Amerikaner haben allen Grund, auf das republikanische Frankreich stolz zu sein und ihm Gutes zu wünschen.“

Einige Stellen des Briefes, die eine Unterhaltung des Briefschreibers mit einem russischen Offizier wiedergeben, könnten wir übergehen, da ein russischer Offizier nicht unparteiisch über Deutschland denken kann.

Das Einzige, das wir am Briefe bedauern, ist die Erklärung des Verfassers, daß die in Europa weilenden Amerikaner ihre Sympathien Deutschland entzogen und auf Frankreich übertragen haben. Wir wissen nicht, ob das Letztere wahr ist, aber wenn so, ist es ein Zeichen, daß das deutsche Volk die Sünden seiner Machthaber zu büßen beginnt.

Der „New Yorker Herald“ begleitet den Brief mit folgenden Bemerkungen:

„Das Schreiben kommt von einem hervorragenden Amerikaner, der Deutschland mit offenen Augen und Ohren bereist hat; unser Landsmann schreibt vom rein amerikanischen Standpunkt aus; er ist kein Amerikaner von der Sorte, die in Paris ultra-royalistisch denkt, in London blaublütig torystisch sich färbt und in Berlin hohenzollerischer als die Hohenzollern wird. Unser Landsmann hat ein scharfes Auge und er stellt zum ersten (!) Malen in deutlicher, nicht mißzuverstehender Sprache dar, was die Gesinnung aller denkenden Deutschen ist.“

Nun, das ist sicher übertrieben, aber der Brief an sich verdient alle Beachtung. Er ist ein bedenkliches Zeichen der Zeit — bedenklich für die, die nicht denken wollen.

— **Die Reptilien** nennen jetzt offen Bismarck junior als künftigen Nachfolger des Bismarck senior. „Wilhelm der Zweite und Bismarck der Zweite — das gehört zusammen!“ hurrahrt ein begeisterter Patriot. Und zu den beiden — fügen wir hinzu — gehört als Dritter im Bund Tyras der Zweite! Tyras der Zweite, Wilhelm der Zweite und Bismarck der Zweite, das ist eine Dreieinigkeit, um die uns die ganze Welt beneiden wird. —

Korrespondenzen.

Aachen, 10. Oktober 1888. Folgende, im hiesigen „Politischen Tageblatt“ (Reptilienblatt) erschienene Notiz verdient weiter bekannt gemacht zu werden:

„Eine Doppel-50jährige Jubiläumsfeier. Eine der ältesten Firmen hiesiger Stadt, die weltbekannte Firma Wagner und Sohn Nachfolger, konnte gestern eine freudige Feier begehen. Es wurde zwei der ältesten und treuesten Arbeitern, welche 50 Jahre im Dienste der Firma waren, das vom Kaiser verliehene Allgemeine Ehrenzeichen überreicht. Die Feier wurde dadurch eine besondere, daß der Königl. Polizei-Direktor Freiherr von Funk den beiden Jubilaren im Beisein der Familie der Geschäftsinhaber und der Beamten und sämmtlichen Arbeitern der Fabrik das Erinnerungszeichen übergab und dabei in kräftigen Worten die Verdienste dieser Arbeiter hervorhob. Die jüngeren Arbeiter wurden zu gleicher Ausharrung ermahnt und dabei als Beispiel treuer Pflichterfüllung die unverdrossene Arbeit unseres jugendlichen Kaisers betont. Die erhebende Rede schloß mit einem Hoch auf den Kaiser. Hierauf brachten die gerührten Jubilare ein lebhaft Beifall findendes Hoch auf den Herr Polizeidirektor und die Firma Wagner und Sohn Nachfolger aus. Reich beschenkt verließen die beiden ausgezeichneten Arbeiter für den gestrigen Tag die Arbeit mit dem Bewußtsein, daß sie für die fernere Zeit ihres Lebens gesichert seien, wofür die als wohlthätig bekannten Arbeitgeber gesorgt hatten.“

Wir knüpfen hieran folgende Fragen:

1. Ist es eine Ehre, wenn man Arbeiter nach 50jähriger, schwerer Dienstzeit staatlicherseits damit abspeist, womit man „pflichttreue Beamte“, (Ihring-Mahlow!) für erlogene Berichte auszeichnet?

2. Ist es nicht eigentlich ein Majestätsverbrechen, die „Spielerei“ eines Fabrikarbeiters mit der „unverdrossenen Arbeit“ des jugendlichen Kaisers auf Reisen zu vergleichen? Man könnte über diesem Vergleich selbst ganz „jugendlich“ werden.

3. Für wie lange wohl das „reiche Geschenk“ der Firma gereicht haben mag? Folgendes Tag's lagen nämlich die „glücklichen Arbeiter“ mit „jugendlichem“ Eifer wieder ihrer Arbeit ob.

— **Paris,** 12. Okt. Der Wind der Reaktion, welcher über alle industriell entwickelten Länder fegt, in denen sich der Klassengegensatz zwischen Proletariat und dem Rest der Gesellschaft in einer bewußten Arbeiterbewegung äußert, hat auch Frankreich heimgesucht und im „klassischen Lande der Revolution“ eine neue Polizeimaßregel reifen lassen. Nachdem die Schweiz, nachdem Amerika durch Maßregeln gegen ausländische Sozialisten den Beweis geliefert, daß die Regierungen einer bürgerlichen Republik so gut wie die der Monarchien in letzter Instanz nur Diener der privilegirten Klassen sind, hat die französische Republik das Gleiche gethan. Wenn der neue Erlaß sich auch nominell auf alle Fremden bezieht, so sind es doch in Wirklichkeit nur die Vertreter der proletarischen Revolution, welche eventuell dessen Schärfe zu kosten bekommen werden.

Das Dekret, welches der französische Ministerrath am 2. Oktober erlassen, legt allen Ausländern unter Androhung polizeilicher Strafen, resp. der Ausweisung die Verpflichtung auf, sich binnen einem Monat in Paris bei der Polizeipräfektur, in der Provinz bei dem Bürgermeisteramt anzumelden, Namen, Alter, Geburtsort, Namen der Eltern, von Frau und Kinder, Beruf und Einkünfte anzugeben, seine Identität durch Dokumente (Geburtsschein, Paß) nachzuweisen. Damit sind den Fremden, welche in Frankreich auf unbestimmt lange Zeit aufenthältlich sind oder sein werden, nicht mehr Verpflichtungen auferlegt, als es, und sogar meist in weit schärferer Gestalt, in den übrigen Ländern der Fall. Aber es ist und bleibt doch bezeichnend für die gesammte Situation, für den Geist der Zeit, daß überhaupt dort eine Stellung der Fremden unter Polizei-Aufsicht geschaffen ward, wo bis jetzt keine bestand, und weiter sind die Folgen bedenklich, welche sich vorkommenden Falles an dieselbe knüpfen können. Die polizeiliche Eintragung der Fremden, besonders der Passus in Betreff des Berufs und der Einkünfte kann in der Hand eines reaktionären Ministeriums, eines freiherrlichen Polizeipräfekten zu einem bequemen Vorwand werden, unbequeme Ausländer jederzeit und ohne Angabe des wirklichen Grundes auszuweisen. Wie verschiedene kapitalistische Organe zur Beruhigung aller reichen und vergnügungsdurstigen Bourgeois versichern, welche in Paris, Nizza und andern Brennpunkten des High-Life (das Tummelleben der eleganten Welt), in den Händen von Nana's und Croupiers das aus Elend und Entbehrungen zusammengeschwitzte Geld lassen, verfolgt der Erlaß den Zweck, ausländische Sozialisten, welche sich an Streiks und der Arbeiterbewegung betheiligen, stets unter polizeilicher Aufsicht zu halten und beim ersten Lebenszeichen auszuweisen. Zu diesem Zwecke allein hätte es jedoch keines besonderen Erlasses bedurft, die französische Regierung ist durch den ihr von Napoleon III. hinterlassenen Apparat von Polizisten und Spitzeln meist vorzüglich über alle Vorgänge und Persönlichkeiten der sozialistischen Arbeiterwelt unterrichtet. Auch ohne das Dekret hat sie im Laufe der Jahre eine ganze Reihe ausländischer, deutscher, russischer, polnischer „Aufwiegler“ zu finden gewußt und ausgewiesen. Erst kürzlich wurde der Luxemburger Joseph Viktor ohne jeden andern Grund, als daß er sich beim Streik der Pariser Erdarbeiter zur Sache der Arbeiter gehalten, ausgewiesen. In der Regel trafen die polizeilichen Ausweisungen harmlose, oft sogar in der Bewegung ganz unbekannte Leute, welche eben nur auf den erlogenen Bericht eines nationalen oder internationalen Spitzels hin als Sühnopfer auf dem Altar der Reaktion geschlachtet wurden, um die Freundschaft mit den übrigen Mächten warm zu halten. Der neue Erlaß hat also wahrscheinlich noch einen anderen Zweck im Auge, er soll möglicherweise die Basis für eine Besteuerung der Fremden mit einer Aufenthaltstaxe bilden, wie dieselbe in vielen Ländern üblich ist. Bekanntlich ist die letztere Frage seit langem und mehrfach diskutirt worden, hauptsächlich von dem Gesichtspunkt aus, die Konkurrenz ausländischer Arbeiter unmöglich zu machen, resp. den Zorn der Arbeiter von den Ursachen des Nothstandes, dem Ausbeutungssystem auf andere Ausgebeutete abzuleiten.

Anerkannt muß werden, daß das vorliegende Dekret sowohl von dem großen Theil der Bevölkerung als auch der Presse, mit Ausnahme natürlich der vom Reptilienfonds zehrenden Blätter mit entschiedener Mißbilligung aufgenommen worden ist. Selbst so reaktionäre Zeitungen wie das „Journal des Debats“ und der „Temps“ haben nicht angestanden, die Maßregel als unkonstitutionell, ungerechtfertigt und zwecklos zu bezeichnen, als einen Bock, den Floquet „in der Einfalt seines Herzens“ geschossen, und wodurch er den hundertsten Gedenktag der großen Revolution und das Prinzip schände.*)

Die festländischen Großstaaten haben sich natürlich um so weniger darüber zu beschweren, daß ihren „Angehörigen“ oder „Unterthanen“ eine derartige Verpflichtung auferlegt wird, als bei ihnen daheim meist weit unbequemere Maßregeln für Ausländer bestehen. Wohl aber hat das französische Volk Recht, seine Unzufriedenheit über den Erlaß kundzugeben, da derselbe Frankreich einer Ueberlegenheit beraubt, ihm einen Vorzug nimmt, den es vor seinen Nachbarn voraus hatte. Nicht erstaunen, wohl aber mit tiefem Abscheu erfüllen, muß die schamlose Heuchelei, mit welcher die deutschen reaktionären Preßkosaken über das Dekret heulmeiern. So schmutzige Blätter wie die „Kölnische Zeitung“, die „Norddeutsche Gemeine“ ꝛc. werfen sich plötzlich zu Rittern der armen in ihrer Freiheit bedrohten Ausländer in Frankreich auf, während sie im eigenen Lande, den eigenen „treuen Landeskindern“ gegenüber die Vorkämpfer der wüstesten Polizeiorgien, von Ausnahmegesetzen, Belagerungszuständen, Grenzschneererein, Vagabondengesetzen ꝛc. sind. Wahrhaftig, es wäre zum Lachen, wenn es nicht so unsäglich widerlich und verächtlich wäre. Ihre Tartüfferie ist um so ekelhafter, als sie sehr genau wissen, daß nur arme Teufel von Sozialisten eventuell unter dem Erlaß zu leiden haben, und daß gerade sie selbst es waren, welche nicht müde wurden, der französischen Regierung in Lügenfudeleien die ausländischen Genossen zu denunziren, als gefährlich zu verdächtigen. Natürlich, um diese ist ihnen nicht zu thun, ihr Zorn hat eine ganz andre Klasse von Aufenthaltern im Auge. Das Ausland und Deutschland insbesondere schickt ein gutes Kontingent Persönlichkeiten nach Frankreich, welche nicht nur das Ansehen der Republik durch gewerbsmäßig betriebenes Lügen systematisch zu untergraben suchen, welche alle französischen Einrichtungen mit Koth bewerfen, die sinnlosesten und gemeinsten Räubergeschichten zusammenkaufen, ja sogar durch ihre gefälschten Berichte den Frieden gefährden, und wollte die Republik sich dieser liebenswürdigen Gäste entledigen, so müßte die Regierung die meisten Korrespondenten der großen ausländischen Zeitungen von hier ausweisen, von der „Times“, „Nowoje Wremja“, „Kölnerin“ an bis zu gewissen Organen der „Demokratie“ hinab. Aber die Herren haben Nichts zu fürchten; sie stehen unter dem besonderen Schutz ihrer betreffenden Gesandschaften, deren Zuträger, politische Agenten, Lockspitzel, wohl auch Börsenagenten sie sind, von denen sie den Auftrag, resp. die fertigen Schmäh- und Lügenartikel gegen Frankreich beziehen, mit welchen sie durch die Kanäle ihrer Preßkloaken die öffentliche Meinung verpesten. Im Interesse der moralischen Reinlichkeit sollte unter den Blowitz, Beckmann (der berüchtigte Korrespondent der Kölnischen Zeitung“, welcher schon 1850 im Kölner Kommunistenprozeß als „preußischer Kronzeuge“ fungirte), Pawlowski und anderen gründlich aufgeräumt werden. Aber wie gesagt, wozu gibt es Gesandtschaften? O—n.

*) Das ist im Munde des „Journal des Debats“ nichts als eine verhehlte Phrase. Die Gründe, warum dieses Mundstück der hohen Finanz die Maßregel bekämpft, sind erstens politische Fraktions-, bezw. Klicken-, und zweitens kapitalistische Interessen überhaupt. Das Kapital braucht einen überfüllten Arbeitsmarkt, das ist Alles. Red.

Zur besonderen Beachtung.

Bei **allen Posteinzahlungen** für uns lasse man stets vermerken: „Zahlbar by Kentish Town Road Post-„Office.“

Jede erfolgte Einzahlung ist uns sofort zu avisiren und der Absender-Name ꝛc. genau mitzutheilen, da ohne dessen Nennung durch uns, Gelder von der Post nicht verabfolgt werden.

Zwei Beträge à ca. Mk. 50.— vom 10. und 15. Okt. mit unbekannten Absendern liegen derart hier fest.

Papiergeld oder größere Beträge in Bankwechsel auf hier gelangen per „Eingeschrieben“ prompt an bekannte Geld-Adressaten, auf welche die etwaigen Wechsel zu verlautbaren sind.

Durch Nichtbeachtung dieser Vorschriften entstehende Weiterungen und Nachtheile hat sich Jeder selbst zuzuschreiben.

Briefkasten

der Expedition: — F. Paepke, R.-Janeiro: Bestllg. notirt. Avisirtes erw. — Gen. i. Lyon: M. 3 — Ab. 4. Qu. u. M. 3 — p. Ufd. dkd. erh. — Herbert: Alles hier. Bf. v. 7. kreuzte leider mit dem Ihrigen. Bf. v. 8. hier. Bfl. mehr. — Rother Geldsack: M. 4 40 Ab. 4. Qu. f. Sch. erh. Adr. geändert. Alles hier, auch Dschft. Adr. notirt. — K. in Z.: Fr. 20 — p. Ufd. dkd. erh. — Laffe: Bf. v. 5. d. hier. Rekl. betr. bfl. mehr. — Werden weiter recherchiren. — Rothe Schwefelbande: Fr. 39 — (M. 32 —) à Cto. Ab. ꝛc. erh. Ag. Lhre., Paris: Fr. 2 50 Ab. 4. Qu. erh. — Akai: Auskunft dkd. erh. Bfl. mehr. — K. in Htg.: Fr. 2 — Ab. 4. Qu. erh. — E. in Z.: Fr. 2 — Ab. 4. Qu. erh. — Schbt. Szekely: Fr. 2 — (öw. fl. 1 —) à Cto. Schft. erh. Bstg. notirt. — Rother Hussite: M. 18 — Ab. 4. Qu. erh. Weiteres bfl. — Apcht. Bkrt: Wenn möglich, werden Ersatz liefern. Bfl. mehr. — Ap. Zch: Fr. 2 — Ab. 4. Qu. erh. — Schndl. Biel: Fr. 38 50 Ab. 3 Qu. erh. — Stp. Zch.: Fr. 2. — Ab. 4. Qu. erh. — Herbert: Bf. fl. 7. hier. Kreuzte. Bfl. mehr. — Schndl. Biel: Fr. 38.50 Ab. 3. Qu. erh. — Blutnelke: Mk. 13. — 3 Ab. 4. Qu. u. Schft. erh. — Paepke: M. d. J. Fr. 70. — à Cto. Ab. ꝛc. erh. — Le Sout: Paris. Fr. 2.50 Ab. 4. Qu. erh. — Dll. Srb.: Mk. 3. — Ab. 4. Qu. erh. — Leopold: Mk. 9. — 3 Ab. 4. Qu. erhalten. — Brßhvr. Bkrt.: Fr. 10.10 (öwfl. 5.05) Ab. 4. Qu. und Schft. erh. — R. C. F. H.: Mk. 4.40 (Fr. 5.50) Ab. 4. Qu. erh. — Smtr.: Glasgow: Sie theilen das „Schicksal“ aller unserer Leser. Die Verspätung von Nr. 41 und 42 ist dem Umzug und der Neueinrichtung unseres Geschäftes geschuldet, wobei unberechenbare Zwischenfälle walten. Mit 43, spätestens 44 hoffen wir in der Hauptsache im Schritt zu sein und nach Wunsch liefern zu können. — St. London; R. H. Paris und diverse andere Reklamanten: Wollen auch Sie von Vorstehendem Kenntniß nehmen und stets festhalten, daß wir nichts versäumen der neuen Verhältnisse schleunigst Herr zu werden. — Mhnr. Gen.: Nachr. v. 14./10. hier. Weiteres notifizirt u. bfl. mehr. — Th. Radtke S. Franzisko: Adr. geord. Gruß. — Phil: Bergen: 2 Nr. Ab. 4. Qu. erh. u. Beil. besorgt. Weiteres siehe Glasgow ꝛc. später. — Karl Schwarz: Mk. 4.40 Ab. 4. Qu. erh. — Drscht. Soz. Klub Paris: Fr. 34.50 Ab. 2. u. 3. Qu. erh. Weiteres notirt. Katalog in Neuauflage vorbereitet. — Raimund: öwfl. 63. — u. 70 Pfg. Bfmk. à Cto. Ab. ꝛc. erh. Bstlg. u. Adr. notirt. J. war längst angewiesen Ihnen Da. zuzuweisen. Bitten darüber monieren. Gruß. — Major Eduard: Nachricht v. 11./10. p. A. erh. Selbstverständlich. Alles hierher. Weiteres besorgt u. bfl. mehr. Avisirtes dringend erwartet. — v. d. Eider: Nachr. v. 12./10. hier u. beachtet. Bestllg. notirt. Bf. Weiteres. — Killian: Bf. u. P. K. v. 11. u. 12./10. erh. Adr. und Bstlg. notirt. Beachten Sie Glasgow oben. Bfl. mehr. Versprochenes je eher, je lieber. — Blocksberg: Brf. u. Mk. 50. — (pr. Pfd. St. 2. 9. —) am 12./10. à Cto. erh. Reklamiertes wird geordnet. Adr. notirt. — U. F. G.: Adr. vorgemerkt. Dann ist doch Ad. mitgetheilt. Adressiren Sie aber genau nach Vorschrift. In Ihrer Anfrage haben Sie den Namen verstümmelt. Nachlesen u. umgehend senden! — Wolfus: Gemarken Zugesagtes u. besorgen Weiteres. Baar voraus ist dabei eine alte Regel u. mit dem Anderen nicht zu lange hintendrein. Gruß. — Felix I: Was ist denn das für ein Wirrwarr mit Rltg. Beruft sich auf F. K. u. M. u. dsch. Aufschluß. Grüße. — Kaurrhahn: Mk. 50.10 à Cto. Ab. ꝛc. erh. Zwischenhand monirt. — Lionel: Das Eine thut uns auch Leid und das Andere Noth. Besten Gruß. — Rother Geldsack: Dschft.-Material v. 10./10. erh. — Miemsch: Mk. 60. — Ab. 4. Qu. dir. erh. 20 Pfg. lagen nicht bei. Adr. geordnet. Weiteres siehe oben unter Glasgow. Brf. folgt. — Schnauter Wacht: Mk. 40. — à Cto. Ab. p. L. erh. — Anvers: Pfd. St. 1. 1. 11 (Frs. 27.75) Ab. 4. Qu. Schft. u. Mrken erh. Bestllg. folgt. — Rothbart: Denkschriftenmaterial v. 10./10. u. Nachr. v. 15./10. hier. Beilage besorgt. Bfl. mehr. — Seidenwurm: Nachr. v. 13./10. hier. Unbegreiflich. Adr. ꝛc. notirt. Bfl. mehr. — Spreequelle: Mk. 27.75 à Cto. Ab. ꝛc. erh. Adr. u. Bstlg. notirt. Bfl. Weiteres. — A — e Gent: Adr. geändert. Ohne schriftliche Legitimation Niemand vertrauen. W. G. ist übrigens keine Referenz von Verlaß. Fauler Bruder. — Mk. Ldn: Hier folgt wörtlich in 44. —

Achtung!

Die Destillation Feustel in Berlin, Skalitzerstraße Nr. 72, dient der Polizei als Spitzelanmeldepunkt. Durch Feustel soll die Verbindung zwischen den neuangeworbenen und den angestellten Spitzeln hergestellt werden. — Dies zur Kenntnißnahme und Warnung unserer Genossen.

Spreewacht.

Filiale der „Arbeiterstimme“.

Unser Verkaufslokal befindet sich jetzt in der

Zähringerstraße Nr. 12 Zürich.

Wir bitten alle Bestellungen auf Schriften und „Sozialdemokrat“ gefälligst direkt dahin und nicht erst an das Hauptgeschäft in der Oetenbachstraße richten zu wollen. Die Obligt.

Printed and published by Ed. Bernstein & Co., 111 Kentish Town Road London, N. W.